

## Notizen eines deutschen Anwalts in

### Guatemala (54)

Nach etwas mehr als einem Monat Giammattei ist klar, dass er einen Plan hat. Das ist schon mal mehr als man von Morales behaupten konnte, dessen einziger Plan „CICIG raus“ war. Aber auch Giammattei baut auf den Pakt der Korrupten und auf Repression. Das Neue ist, dass er offensiv auf die Region setzt (Notizen 52/53): Region meint hier nicht in erster Linie Zentralamerika, sondern El Salvador und Honduras. Es soll freien Grenzverkehr geben, „nationale“ Flüge und eine noch zu bauende Zuglinie; dazu kommen sicher noch andere Grossprojekte, die den Unternehmerverband CACIF, schon heute träumen lassen. Aber die Eliten der drei Länder haben noch etwas gemein: Die Vision des entführten Staates.

Honduras wird durch Juan Orlando Hernández regiert, der 2019 wiedergewählt wurde. Sein Bruder Juan Antonio, ex-Abgeordneter, wurde im Oktober 2019 in den USA wegen Einfuhr von tausenden Kilos Kokain verurteilt. Die Staatsanwaltschaft von New York nennt Honduras einen Drogenstaat und glaubt, dass die Wahlkampagnen beider Brüder durch Drogengelder finanziert wurden. Die MACCIH<sup>1</sup>, die gegen Korruption und damit vor allem gegen die Regierungspartei ermittelt hatte, wurde in diesem Kontext zu einem ernsten Risiko. Ihr Mandat wurde im Februar folgerichtig nach nur drei Jahren abrupt beendet.

Der andere Nachbar ist El Salvador mit seinem „Hoffnungsträger“ Bukele, der im Februar sein wahres Gesicht zeigte: das eines Mächtigerndiktators, der weder Gesetz noch Verfassung

verpflichtet ist. Er ordnete eine Sitzung des Kongresses für Sonntag den 9.2. an, um die Verabschiedung eines 109 Millionen USD Kredits<sup>2</sup> zu erzwingen und liess das Parlament am Sitzungstag von „Demonstranten“ belagern; dazu marschierte er mit Polizei und Militär in den Plenarsaal und „eröffnete“ selbst die Sitzung, allerdings fast ohne Abgeordnete. Dann stellte er ein Ultimatum für den Kredit bis zum kommenden Samstag und drohte bei Nichtgenehmigung mit der Auflösung des Kongresses. Ein Putschversuch. Giammattei gefiel das, zumal Bukele verriet, dass ihm das „vom lieben Gott eingegeben war“ und erklärte sofort seine Unterstützung für den Verfassungsbruch. Die Verfassungskammer des obersten Gerichts El Salvadors sah das allerdings anders und suspendierte 21 Stunden später das Ultimatum und stoppte Bukele überraschenderweise vorerst.

Praktisch parallel erweiterte Giammattei den in den vorherigen Notizen besprochenen „Präventions“-Notstand auf insgesamt 10 Städte, mit Versammlungsverboten, willkürlichen Kontrollen, Festnahmen und martialischer Militärpräsenz. In den meisten Themen ist sein Kabinett zumindest im Hintergrund mit Militärs besetzt und trotz einer kritischen Haltung des CACIFS<sup>3</sup> und der Bitte der USA, es nicht zu tun, hat Giammattei am 27.2. folgerichtig das sogenannte NGO-Gesetz unterschrieben. Es ein Erbe des vorherigen Kongresses, aber mit der unmittelbaren dritten Lesung im Januar, übernahmen die neuen Abgeordneten die Politik ihrer Vorgänger.

In den drei Ländern teilen die Eliten die Vision des autoritären Staats ohne rechtstaatliches Korrektiv. Kritische Stimmen und unabhängige RichterInnen stören da. Das Verfassungsgericht

<sup>1</sup> Sie war das Pendant zur CICIG, allerdings mit Mandat der OAS.

<sup>2</sup> Der soll zur Finanzierung derr 2. Phase seines Sicherheitsprogrammes dienen und hatte im Kongress keine Mehrheit gefun-

den. Tatsächlich kann der Präsident unter bestimmten, hier nicht vorliegenden, „Notfall“-Bedingungen, den Kongress zitieren.

<sup>3</sup> Der hat Angst, dass er die Kontrolle über seine Stiftungen und deren Geldflüsse verlieren könnte.

(CC) Guatemalas ist eine davon, aber aktuell steht auch die Wahl aller Berufsrichter und der RichterInnen des obersten Gerichts (CSJ)<sup>4</sup> an. 2014, nachdem der Völkermord-prozess gegen das Regime von Ríos Montt die Eliten an ihrer Kontrolle des Systems hatten zweifeln lassen, nahmen sie den Auswahlprozess für die neuen Richter wieder fest in die Hand und bescherten uns durch offene Manipulation bis heute die Obergerichte, die aktuell für die „Straflosigkeit“ der Eliten stehen. Ganz offen tritt das am obersten Gericht (CSJ) zu Tage, das mit einer 10:2 Mehrheit<sup>5</sup> überall dort strafvereitelt, wo die Untergerichte noch „versagen“ (s.u.).

Der aktuelle Auswahlprozess läuft seit Monaten in den beiden Postulationskommissionen, die u.a. von den privaten, zum Teil nur zu diesem Zweck gegründeten Universitäten und den juristischen Berufsverbänden dominiert werden. Es ist völlig unbestritten, dass dieses System absolut obsolet ist, aber jede wirkliche Reform droht mit einer grösseren Unabhängigkeit der Richter; und die scheitert dann spätestens im Kongress, haben doch viele Abgeordnete genug Dreck am Stecken. Deswegen wurde auch die 2016 begonnene Reform des Justizsystem, deren Ausarbeitung von der Uno und zunächst auch von Exekutive und Legislative angestossen wurde und an deren Ausarbeitung Zivilbewegung, Unternehmerinnen, RichterInnen, StaatsanwältInnen etc. teilnahmen, im Kongress geblockt. Kern der Reform war ein Berufsrichtertum mit klaren Regeln für dessen Unabhängigkeit.

Zurück zu den beiden Postulationskommissionen für Berufs- und oberste Richter, die die Vorschlagslisten für den Kongress, der die RichterInnen letztendlich wählt<sup>6</sup>, erarbeitet. Einige Mitglieder machten ehrliche Arbeit, die meisten mauschelten hinter den Kulissen; unabhängige KandidatInnen wurden mit fadenscheinigen Gründen abgelehnt, Kriterien zur Auswahl manipuliert und ständig geändert und dann auch noch für die finale Auswahl für beliebig<sup>7</sup> erklärt, als klar wurde, dass „ihre“ KandidatInnen nicht genug Punkte hatten. Als sich dann auch noch der „Consejo judicial“, ein Gremium der Richter, weigerte, die gesetzlich vorgeschriebene Beurteilung der Richter<sup>8</sup> als Kriterium für ihre Auswahl vorzulegen, reichte es der CC und sie ordnete Ende des Jahres auf Antrag der Zivilgesellschaft die Wiederholung des Prozesses an. Das war die Gelegenheit, es dieses Mal besser zu machen....

.... aber so kam es natürlich nicht. Im Hintergrund strickten nach wie vor die gleichen Leute, die schon immer die Richter bestimmen und die Justiz kontrollieren, an den Listen. Zwar sitzen einige davon Dank CICIG und FECCI<sup>9</sup> noch ein, aber das muss ja kein Hindernis sein...

Einer dieser Gestalten ist Gustavo Alejos, Bruder des ebenso schmierigen Felipe Alejos, der auch dieses Jahr wieder Teil des Präsidiums des Kongresses ist. Gustavo hat 5 (jetzt 6) offene Verfahren, aber leidet auch an einer geheimnisvollen Krankheit, die ihm seit dem 15.11. Haftverschonung (angeordnet durch eine Vertretung der zuständigen RichterIn) in einem kleinen Privatsanatorium verschafft, aber offen-

---

<sup>4</sup> 180 Berufsrichter und 13 des obersten Gerichts, plus jeweils Stellvertreter in gleicher Anzahl.

<sup>5</sup> Eine Stelle blieb nach der Verhaftung von Blanca Stalling 2017 unbesetzt

<sup>6</sup> Auch das ist einer der Gründe, weswegen kaum jemand das aktuelle System verteidigt. Es überlebt aber, weil unabhängige Justiz Angst macht und die Eliten auf Zeit spielen: „Diesmal machen wir es noch wie immer und dann kommen die Reformen“. Die werden dann aber geblockt.

<sup>7</sup> Es wurden zwar „Noten“ für die verschiedenen Themen wie Weiterbildung, Geeignetheit, Berufspraxis, ethische Berufsführung etc. vergeben, dann aber entschieden, dass die Anzahl der Punkte keinen Einfluss auf die Zusammensetzung der Vorschlagsliste hat.

<sup>8</sup> Nicht alle Kandidaten sind Richter, aber gut die Hälfte der aktuellen Richter will wiedergewählt werden.

<sup>9</sup> Abteilung der Staatsanwaltschaft und früherer Partner der CICIG. Heute wichtigster Garant unabhängiger Ermittlungen.

bar weder Bettruhe noch medizinischer Betreuung bedarf. So wurde er dann von der FECl, die nicht recht an seine Krankheit glaubte, auf der Strasse – ohne jede Bewachung – vor dem Sanatorium fotografiert; teils allein, teils bei Begrüssung oder Verabschiedung von Besuchern... die es in sich hatten. Am 18.2. verkündete die FECl erste Ergebnisse ihrer Ermittlungen: Täglich hatte er um die 30 Besuche, die meisten darunter von Mitgliedern beider Kommissionen, KandidatInnen, Abgeordnete, Staatsanwälte, politische Strippenzieher etc. Alle erklärten in den Tagen drauf unisono, sie hätten nur einen Freund besucht. Aber auch innerhalb des „Krankenhauses“ fand die FECl Erstaunliches; in der Gynäkologie hatte er einen eigenen Versammlungsraum, dazu eine Bar, einen Kühlschrank voller Alkohol und hochpreisigem Fleischangebot. Alejos erklärte später, das seien eben Geschenke von Freunden. Aber da hing auch noch eine lange Liste mit 158 Namen am Kühlschrank: es waren die Namen der aktuellen Abgeordneten, jeder einzelne aufgerufen, über die neuen Richter abzustimmen. Ganz offensichtlich wurde hier ihre Bereitschaft, für die gewünschten KandidatInnen zu stimmen, analysiert... und ihre Schwachstellen gesucht, um im Notfall mit Druck oder Geld nachzuhelfen.

Wieder einmal hat Guatemala das Privileg, sein vollständig zerrüttetes System im Detail vorgeführt zu bekommen; nur werden keine fassbaren Konsequenzen gezogen. In den Tagen nach der Veröffentlichung der FECl überschlugen sich die Stimmen, die das System als obsolet, verkommen oder gescheitert bezeichneten; nur ist das nicht neu. Je weiter diese Stimmen sich von der Zivilgesellschaft entfernen, haben sie eines gemein: die Meinung, dass der aktuelle Wahlprozess bereits verspätet, die Zeit des Mandats der Richter abgelaufen und jetzt keine Zeit mehr für Reformen sei. Die kämen danach. Wieder setzen sie auf die Zeitkarte, um erst

diesen Prozess und danach das System vor der Reform zu retten.

Nur spielt hier, ähnlich wie in El Salvador, erneut das Verfassungsgericht nicht mit, dessen Neuzusammensetzung von den Eliten für 2021 sehnlichst erwartet wird. Durch einstweilige Anordnung anulierte es am 27.2. zum zweiten Mal den gesamten Prozess, diesmal mit Hinweis auf die Ermittlungen der FECl. Aber auch das Gericht scheint ratlos angesichts der Dramatik der Situation und der radikalen Verrottetheit des Systems. Es zeigte noch keinen Weg aus dieser Situation auf, sondern verwies praktisch nur auf die laufenden Ermittlungen der FECl.

Einen Tag später wird das System und sein oberstes Gericht, CSJ, erneut vorgeführt. 2018 hatte es die Aufhebung der Immunität von Felipe, Gustavos Bruder, abgelehnt; die FECl wollte gegen ihn als Teil eines Netzes zur Steuerhinterziehung ermitteln; ein Richter hatte die Aufhebung der Immunität empfohlen. Das Verfassungsgericht hob diese skandalöse Entscheidung der CSJ auf, nur stellte sich die im November 2019 erneut vor Alejos. Dieser Beschluss wurde jetzt wieder aufgehoben und man sollte meinen, dass es damit um Felipe geschehen sei. Daran glaube ich nicht. Die CSJ, die ja nach wie vor im Amt ist (s.o.), wird ihn weiter schützen. Am 28.2. führten sie uns diese Bereitschaft noch in fünf anderen Fällen von Abgeordneten vor und bestätigten deren Immunität. Das wundert nicht, geht es ja auch um ihre Zukunft, zumal viele dieser ParlamentarierInnen über die „neuen“ Richter entscheiden werden.

Und die Bevölkerung? Ist indigniert, aber nicht überrascht, auch überfordert, überdies an Skandale gewöhnt ...und geht arbeiten.

*Miguel Mörth*